

## **„Kirche soll laut und deutlich die Stimme erheben“**

SPD-Abgeordnete diskutieren in Wendlingen über die Frage „Wie viel Kirche braucht der Staat?“

**„Ich wünsche mir eine Landeskirche, die laut und deutlich die Stimme erhebt“: So lautete der Wunsch von MdL Sabine Fohler bei einem Diskussionsabend im Rahmen der Ökumenischen Erwachsenenbildung in Wendlingen. Pfarrer Martin Frey kritisierte die Entpolitisierung der Kirche, sieht die Zeit für einen Aufbruch gekommen.**

VON CHRISTA ANSEL

**WENDLINGEN. „Wie viel Kirche braucht der Staat – wie viel Staat braucht die Kirche?“ – der Titel dieser Veranstaltung im evangelischen Gemeindehaus hatte eine Schar Interessierte angelockt, die mit den Referenten des Abends durchaus konträr diskutierten. Eingeladen hatte Pfarrer Martin Frey von der Evangelischen Kirchengemeinde Wendlingen zwei Landtagsabgeordnete der SPD, Ingo Rust und Sabine Fohler.**

In Referaten skizzierten die Abgeordneten und Wendlingens Pfarrer Martin Frey die Verbindungen zwischen Kirche und Staat und zeichneten ein Bild, das nicht unbedingt mit dem übereinstimmt, was kürzlich beim Gemeindeforum aller drei evangelischen Kirchengemeinden im Treffpunkt Stadtmitte in vielen Gruppen gewünscht wurde: keine politischen Reden von der Kanzel.

Das sieht Wendlingens Pfarrer Martin Frey ganz anders. Er ging in seinem Referat ein auf die Barmer Theologische Erklärung vom Mai 1934. Für alle Kirchen ein wichtiges theologisches Dokument, entstanden als Gegenbewegung gegen die Gleichschaltungsversuche der von der NSDAP unterstützten „Deutschen Christen“. Frey erinnerte an Pfarrer Martin Niemöller und die Gründung der „Jungreformatrischen Bewegung“, den Pfarrernotbund, aus der die „Bekennende Kirche“ entstand. Ziel dieser Gegenbewegungen war es, sich gegen die Übergriffe des Nazistaats auf die Kirche zur Wehr zu setzen.

Frey erläuterte die Thesen der Barmer Theologischen Erklärung, erinnerte an Martin Luther, der zwischen weltlicher Obrigkeit und Kirche eine klare Grenze gezogen habe. Mittel des „geistlichen Regiments“ sei allein das Wort Gottes, Werkzeug des „weltlichen Regiments“ die äußere Gewalt. Aus Glaubensdingen habe sich die weltliche Obrigkeit herauszuhalten, zitierte der Pfarrer Martin Luther.

In ruhigeren Zeiten, so Frey, falle die Abgrenzung zwischen Kirche und Staat schwerer. Vor allem dann, wenn wie derzeit gar „noch ein respektvolles Miteinander von Staat und Kirche gegeben ist“. Vor dem Hintergrund der Barmer Erklärung sieht Pfarrer Frey die Rolle der Kirche gegenüber dem Staat heute darin, „die Bundesrepublik als demokratischen Rechts- und Sozialstaat vor Demontage zu bewahren“.

Gefahren drohten heute weniger von politischen Parteien, sondern „von einem mit großer Perfektion betriebenen Lobbyismus“, so Frey. Und Gefahren gingen von globalen Entwicklungen aus dem Bereich von Wirtschaft und Finanzwelt sowie von Großtechnologien aus. Frey kritisierte hier vor allem die Informationstechnik, sieht darin eine Ideologie für den Transport des amerikanischen Weltbildes.

Es gelte, sich entschieden gegen einen Neoliberalismus zu wehren, der dies fördere, indem er systematisch die Märkte ordnungspolitisch dereguliere, den Staat verächtlich mache, seine Kraft schwäche und die Vorrangigkeit der Belange des Einzelnen vor den Belangen des Staates postuliere. Aufgabe des Staates sei es aber, die Schwachen und Benachteiligten vor den Starken zu schützen. Im Neoliberalismus sieht Frey eine Religion, einen Götzendienst, dem es entschieden zu begegnen gelte. „Was für eine schöne Aufgabe für bewusste Christen und Staatsbürger“.

Um dieser Aufgabe nachkommen zu können, brauche Kirche heute einen weltanschaulich neutralen und starken Staat, der sich aus der Regelung von Glaubensangelegenheiten heraushalte, sich jedoch positiv zu den jüdisch-christlichen Wurzeln verhalte und diese kulturelle Identität verteidige. Und es brauche eine starke evangelische Kirche, die ihre Stärke ausschließlich aus dem Gehorsam gegenüber dem Evangelium von Jesus Christus beziehe.

Kirche heute, so Frey, sei „geistlos untheologisch“ geworden, Kirche sei zu einem „Verein verkommen“. Kirchen müssten wieder politisch werden, statt sich nur mit sich selbst zu beschäftigen. Die Zeit für einen Aufbruch hält er für gekommen.

Die Landtagsabgeordnete Sabine Fohler, sektenpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, versuchte eine Standortbestimmung von Kirche und Staat aufzuzeichnen und bemühte dafür den geschichtlichen Hintergrund, erinnerte an die Weimarer Verfassung. Kirche und Staat hätten vielfältige Verbindungen, seien organisatorisch und rechtlich aber getrennt. Der gemeinsame Austausch sei wichtig. Politik wünsche sich eine lebendige, offene, tolerante Kirche, die eine deutliche Sprache spreche, auch wenn diese nicht immer bequem sei.

Ingo Rust, kirchenpolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, versuchte das Verhältnis von Kirche und Staat von der rechtlichen, der gesetzlichen Lage aus zu erklären und ging ein auf zahlreiche Berührungspunkte und Staatsleistungen an die Kirche.

Der Landtagsabgeordnete widersprach Pfarrer Frey zum Thema Lobbyismus. Das sei nicht grundsätzlich schlecht. Lobbyarbeit betrieben auch die Gewerkschaften oder Umweltverbände. Aufgabe der Politik sei es, Informationen aus diesen Kreisen richtig einzuordnen. Und „das können wir schon“. Für sehr wichtig hält Ingo Rust es dagegen, dass Kirchen die Lobby übernehmen für die Menschen, die keine Stimme haben.